

---

# SOZIALES NACHHALTIGKEITSBAROMETER DER ENERGIEWENDE 2017

---



## Impressum

**November 2017**

### **Herausgeber**

Institute for Advanced Sustainability Studies e. V. (IASS)

Berliner Straße 130

14467 Potsdam

Tel: +49 (0) 331-28822-340

Fax: +49 (0) 331-28822-310

E-Mail: [media@iass-potsdam.de](mailto:media@iass-potsdam.de)

[www.iass-potsdam.de](http://www.iass-potsdam.de)

### **Autoren**

Daniela Setton, Ira Matuschke und Ortwin Renn

### **Kontakt**

[daniela.setton@iass-potsdam.de](mailto:daniela.setton@iass-potsdam.de)

ViSdP: Prof. Dr Mark G. Lawrence, Managing Scientific Director

DOI: [10.2312/iass.2017.019](https://doi.org/10.2312/iass.2017.019)

---

# SOZIALES NACHHALTIGKEITSBAROMETER DER ENERGIEWENDE 2017

---

Kernaussagen und Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse

Die Langfassung der Studie mit einer detaillierteren Erläuterung des Forschungsdesigns finden Sie ab Januar 2018 zum Download unter [www.iass-potsdam.de](http://www.iass-potsdam.de) • [www.dynamis-online.de](http://www.dynamis-online.de)

## VORWORT

Die Energiewende wird intensiv beforscht – glücklicherweise. Wir haben inzwischen zuverlässige Abschätzungen zu Fragen des notwendigen Technikeinsatzes, der Kosten für Endverbraucher und Gesellschaft und der zu erwartenden Konsequenzen für Umwelt und Gesundheit. Es ist gut erfasst, wie viel CO<sub>2</sub> wir mit der Energiewende bereits eingespart haben und was geboten ist, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen weiter zu reduzieren. Auch über die Auswirkungen des Ausbaus der erneuerbaren Energien auf den Natur- und Artenschutz gibt es eine Reihe von wissenschaftlichen Studien.

Es gibt aber eine Frage, die bislang wenig wissenschaftlich beleuchtet wurde: Was macht die Energiewende mit der Gesellschaft? Dass wir hierzu sehr wenig wissen, verblüfft. Denn schon lange herrscht im fachlichen Diskurs Einigung vor: Nachhaltigkeit hat nicht nur eine ökonomische und eine ökologische, sondern auch eine soziale Dimension. Daher gilt es, über die gesellschaftlichen Wirkungen der Energiewende genauso gut Bescheid zu wissen wie über die wirtschaftlichen oder ökologischen. Höchste Zeit also, der Frage nach der sozialen Nachhaltigkeit eine solide empirische Basis zu geben. Das Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) hat gemeinsam mit dem RWI-Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung über 7.500 Haushalte in einer Panel-Untersuchung befragen lassen. Mit dem „Sozialen Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende 2017“ legen wir nun erstmalig die Ergebnisse vor.

So viel steht fest: Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Und sie werden Aufsehen erregen. Zu Recht. Denn bei der sozialen Nachhaltigkeit der Energiewende ist nicht alles im Lot. Zwar gibt es eine überwältigende gesellschaftliche Unterstützung für die Energiewende als Idee und als Ziel. Doch die Menschen sind unzufrieden damit, wie die Energiewende gestaltet wird. Verkürzt ließe sich sagen: Sie wollen, dass die Energiewende ein gesellschaftliches Gemeinschaftswerk ist. In vielerlei Hinsicht haben sie jedoch das Gefühl, dass dieses politische Versprechen nicht eingelöst wird. Es geht ihnen einkommensübergreifend um mehr Beteiligung und um mehr Mitsprache, einigen auch um die Chance, selbst mehr tun zu können. Die Menschen wollen gerechtere Lösungen zur Finanzierung der Energiewende. Sie sehen die Chancen und Probleme der Energiewende mit Realismus und Weitsicht. In vielen Fragen reagieren sie ambitionierter und mutiger, als es die Politik anzunehmen scheint.

Unser Barometer zeigt: Eine Energiewende gegen die Menschen hat in Deutschland keine Zukunft. Umso mehr ist zu wünschen, dass die Ergebnisse des Barometers in der politischen Auseinandersetzung über die Energiewende berücksichtigt werden und die politischen Entscheidungsträger die richtigen Schlüsse aus ihnen ziehen. Doch schauen Sie sich selbst die höchst spannenden Ergebnisse an, die wir Ihnen in dieser Broschüre zusammengestellt haben!

---

Wir werden die Sache nicht mit dieser einen Untersuchung bewenden lassen. Das Soziale Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende heißt so, weil wir jährlich Veränderungen messen und hierüber Bericht erstatten wollen. Wir erarbeiten eine Zeitreihe, die positive und negative Trends frühzeitig erkennen hilft.

Was uns besonders wichtig ist: dynamis – die Kooperation, in deren Rahmen das IASS die Untersuchung durchgeführt hat – versteht sich als Think-Do-Rethink-Tank. Das heißt, wir konstatieren nicht nur die Defizite, die das Barometer bei der sozialen Nachhaltigkeit der Energiewende aufzeigt. Sondern wir wollen herausfin-

den, wie wir sie in der sozialen Wirklichkeit verbessern können. Dafür haben wir Reallabore entwickelt – etwa in der Region Anhalt oder im Ruhrgebiet. Hier erproben wir Ansätze, Mittel und Wege zu mehr sozialer Nachhaltigkeit der Energiewende. Ergebnisoffen, aber stets menschen- und verbraucherfokussiert. Die Erkenntnisse hieraus werden wir zurück in den politischen Diskurs über die Energiewende spielen.

Wenn Sie mögen, würden wir uns über einen Austausch mit Ihnen hierüber sehr freuen. Zunächst wünschen wir eine anregende Lektüre!



Prof. Dr. Ortwin Renn



Dr. René Mono



Dr. Stephan Muschick

## DAS SOZIALE NACHHALTIGKEITSBAROMETER DER ENERGIEWENDE

Die Energiewende ist gleichermaßen Chance wie Herausforderung für die Gesellschaft. Mit dem klimapolitischen Umbau des Energiesystems in Richtung Energieeffizienz, Energiesparen und erneuerbare Energien stellen sich grundlegende Fragen der Zukunftsgestaltung, die viele Lebensbereiche berühren: vom Wohnen über die Arbeit, die Mobilität, den Konsum bis hin zur Freizeitgestaltung. In vielen dieser Bereiche stehen politische Entscheidungen an, die erhebliche Auswirkungen auf die Handlungsmöglichkeiten und Ressourcen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen haben können. Es verwundert also nicht, dass soziale Ziele wie „Fairness“, „Gerechtigkeit“ und „Sozialverträglichkeit“ beim Ringen um die besten Lösungen zur Umsetzung der Energiewende eine zunehmend wichtigere Rolle spielen.

Für das Gelingen der Energiewende wird entscheidend sein, wie mit diesen sozialen Zielen der Nachhaltigkeit umgegangen wird. **Soziale Nachhaltigkeit ist kein glätzendes Schmieröl zur Akzeptanzbeschaffung, sondern ein positives Leitbild für ein gesamtgesellschaftliches „Gemeinschaftswerk“**, bei dem sich alle Teile der Gesellschaft angesprochen fühlen, sich aktiv einbringen können und selbst an der Gestaltung ihrer Lebenswelt Anteil nehmen.

Dazu **fehlte bisher eine belastbare Wissensgrundlage**, um die Einstellungen, Gerechtigkeitsempfindungen und Erfahrungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Hinblick auf die Energiewende und die damit verbundenen Herausforderungen, Risiken und Chancen ausreichend zu verstehen. Die politische Diskussion ist weitgehend von der Problemstellung geprägt, wie die

Energiewende technisch und ökonomisch effizient zu gestalten ist. Kaum jemand hat systematisch erforscht, wie die Bevölkerung in Deutschland die Energiewende wahrnimmt, bewertet und ihre eigene Rolle in der laufenden Transformation einstuft. Diese Lücke möchten wir mit der vorliegenden Publikation füllen.

Mit dem Sozialen Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende stellen wir eine **empirisch fundierte Datenbasis für ein jährliches Monitoring bereit**, um die Entwicklungen im Bereich der sozialen Dimensionen der Nachhaltigkeit so genau wie möglich zu erfassen. Wie denkt die Bevölkerung in Deutschland über die Energiewende und deren aktuelle Gestaltung? Welche Vorstellungen haben die Menschen über eine gerechte Gestaltung der Energiewende? Inwieweit fühlen sie sich von der Energiewende betroffen? Wie stark möchten sie sich beteiligen, und welche Erwartungen haben sie im Hinblick auf die zukünftigen Entwicklungen im Transformationsprozess?

Das Barometer dient als ein Messgerät, das zunächst den Zustand der sozialen Nachhaltigkeit beschreibt und die Fort- und Rückschritte in der Umsetzung der sozialen Dimensionen der Energiewende erfasst. Zudem geben die Daten Hinweise auf bestehende oder neu aufkommende Herausforderungen und Problembereiche. Die Ergebnisse des Barometers identifizieren Handlungsfelder und Handlungsbedarfe, bei denen entsprechende politische Maßnahmen erforderlich sind. Es dient also als „Frühwarnsystem“ zur Unterstützung der politischen Entscheidungsfindung und Prioritätensetzung.

---

Die hier präsentierten Ergebnisse beruhen auf einer **internetbasierten, bevölkerungs-repräsentativen Haushaltsbefragung**, die – in Kooperation mit dem RWI-Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung – im Rahmen des forsa.omninet Haushaltspanels durchgeführt wurde (den standardisierten Fragebogen finden Sie zum Download unter [www.dynamis-online.de](http://www.dynamis-online.de)). Befragt wurden über 7.500 Haushalte in Deutschland. Die Auswahl erfolgte über ein mehrstufiges Zufallsverfahren. Dadurch ist es im Rahmen von statistischen Konfidenzintervallen möglich, von den Ergebnissen der Stichprobe auf die Grundgesamtheit zu verallgemeinern.<sup>1</sup> Um genügend Daten von Personen im unteren Einkommensbereich der deutschen Wohnbevölkerung zu erhalten, wurde die untere Einkommensgruppe bei der Auswahl überproportional einbezogen (geschichtetes Sample). Dies wurde bei der Auswertung der Daten aber stets berücksichtigt.

Das Soziale Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende wurde mit einem **Mixed-Method-Ansatz** konzipiert, bei dem quantitative und qualitative Forschungsansätze kombiniert werden, um Forschungsfragen umfassender bearbeiten zu können. Neben der Haushaltsbefragung wurden auch leitfadengestützte Interviews mit relevanten Experten sowie fünf Gruppendiskussionen (sogenannte Fokusgruppen<sup>2</sup>) durchgeführt. Die Befragungen basieren auf einer gründlichen Auswertung der wissenschaftlichen Literatur zum Gegenstandsbereich sowie auf einer umfassenden Diskurs- und Akteursanalyse der politischen Debatte zu den sozialen Dimensionen der Energiewende.

Die vorliegende Broschüre stellt die erste Auswertung des künftig jährlich erhobenen Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers der Energiewende vor. Das Barometer wird federführend erhoben vom Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) im Rahmen der Partnerschaft dynamis und in Kooperation mit dem Kopernikusprojekt E-Navi. Der von der innogy Stiftung für Ener-

gie und Gesellschaft, der 100 Prozent erneuerbar stiftung und dem IASS getragene Think-Do-Rethink-Tank dynamis wurde im Dezember 2016 gegründet. Das Kopernikus-Forschungsprojekt E-Navi hat vor allem an der Durchführung und Auswertung der Fokusgruppen mitgewirkt.

**Wir möchten den Unterstützern und Förderern ganz herzlich danken**, die die Erarbeitung des Sozialen Nachhaltigkeitsbarometers ermöglicht haben, insbesondere dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), dem Kopernikus-Projekt ENavi sowie den beiden Partnern bei dynamis, der innogy Stiftung für Energie und Gesellschaft und der 100 Prozent erneuerbar stiftung. Unser Dank gilt auch unseren Kolleginnen und Kollegen beim IASS sowie weiteren Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, die die Erarbeitung des Barometers mit großem Interesse und gutem Rat begleitet und unterstützt haben.

Das Soziale Nachhaltigkeitsbarometer der Energiewende liefert eine **wichtige Wissensgrundlage für die weiteren Entscheidungsprozesse zur Gestaltung der Energiewende**. Es gibt Signale, wo politische Aufmerksamkeit erforderlich ist und wo wahrgenommene Defizite politisch angegangen werden müssen. Wir hoffen, dass die Ergebnisse des Barometers Ansporn und Wegweisung zugleich sind, um neben der technischen und der wirtschaftlichen Umsetzung der Energiewende auch die soziale Dimension mehr ins Blickfeld zu nehmen und die aufgezeigten Handlungsbedarfe beherzt anzugehen.

Potsdam, den 5.11.2017

Daniela Setton, Ira Matuschke, Ortwin Renn

## 1 | BREITER KONSENS FÜR DIE ENERGIEWENDE

**88%** der Bevölkerung befürworten die Energiewende, quer durch alle Bildungs-, Einkommens<sup>3</sup>- und Altersgruppen, gleichermaßen auf dem Land wie in den Städten. Selbst unter den Klimaskeptikern ist die Energiewende weitestgehend unumstritten mit einer Zustimmung von **77%**.

**75%** der Bevölkerung sehen die Energiewende als Gemeinschaftsaufgabe, zu der jeder in der Gesellschaft einen Beitrag leisten sollte. Dem stimmen auch **70%** der einkommensschwächeren Haushalte zu.

Lediglich **3%** der Bevölkerung halten die Energiewende für falsch und wollen sich nicht daran beteiligen („Energiewendegegner“).

Über **87%** der Anhänger<sup>4</sup> von CDU/CSU, SPD, FDP, Linke und Bündnis 90/Die Grünen und **59%** der AfD-Anhänger befürworten die Energiewende.

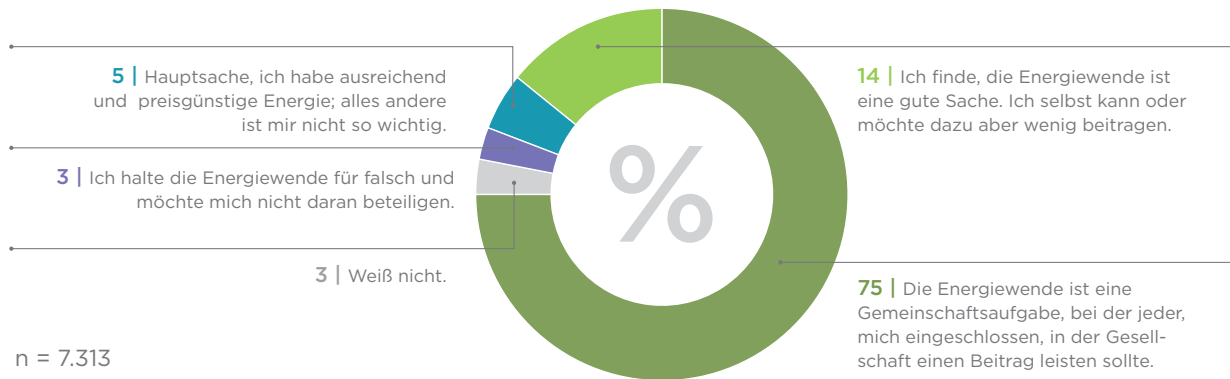
**86%** der Bevölkerung finden es gut, dass sich die Bürger als Energieerzeuger an der Energiewende beteiligen können. Das gilt für alle Einkommensgruppen in gleichem Maße.



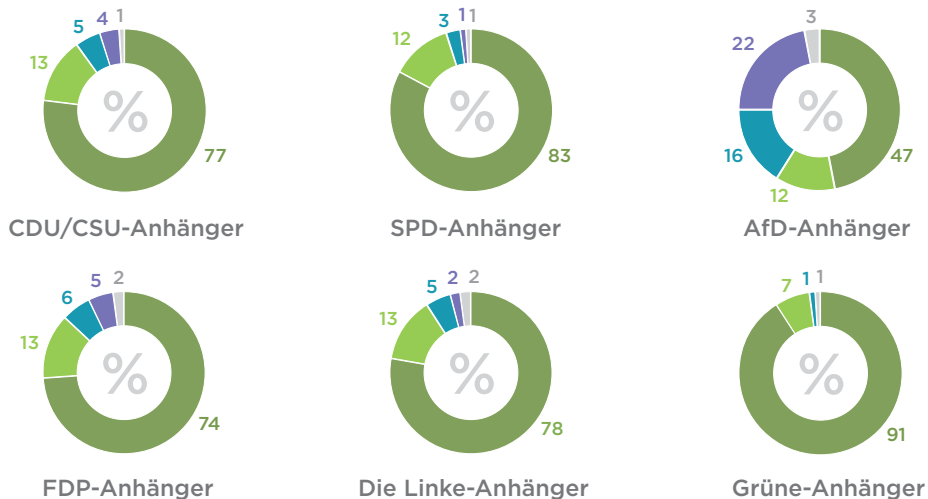
Der Konsens für die Energiewende ist überwältigend. Gerade in Zeiten, in denen über die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft diskutiert wird, zeigt sich quer durch alle Bevölkerungsschichten und politischen Lager große Einigkeit über die Energiewende: Sie ist in allen gesellschaftlichen Gruppen als Zielsetzung fest verankert und positiv besetzt. Selbst Teile der Bevölkerung, wie beispielsweise einkommensschwächere Haushalte, bei denen eher eine skeptische Haltung zu erwarten gewesen wäre, stehen mehrheitlich hinter der Energiewende. Eine breite Mehrheit will auch die Bürgerbeteiligung beim Ausbau erneuerbarer Energieträger. **Die Politik kann also mit einer breiten Unterstützung für eine weitere zielgerechte Umsetzung der Energiewende rechnen.**



# ÜBER ALLE POLITISCHEN LAGER HINWEG: ÜBERWÄLTIGENDE MEHRHEIT



## Von den Linken bis zur AfD: Breite Zustimmung zur Energiewende



n = 4.307, Haushalte mit Angaben zur Parteienpräferenz

## 2 | ZWEI DRITTEL FÜR KOHLEAUSSTIEG: FAST SO VIEL WIE FÜR ATOMAUSSTIEG

Alle energiepolitischen Zielsetzungen der Energiewende erhalten hohe Zustimmungswerte in der Bevölkerung. Spitzenreiter sind die Steigerung der Energieeffizienz (84%), der Ausbau der erneuerbaren Energien (82%) und die Senkung des Energieverbrauchs (80%).

63% der Bevölkerung befürworten den Ausstieg aus der Kohle, 40% davon stark. Damit hat der Kohleausstieg eine ähnlich hohe Zustimmung wie der Atomausstieg mit 68% (davon 53% stark). Abgelehnt wird der Kohleausstieg von 11% der Bevölkerung, von 3% davon strikt. Dies sind sogar noch weniger als die 15%, die den Atomausstieg ablehnen.

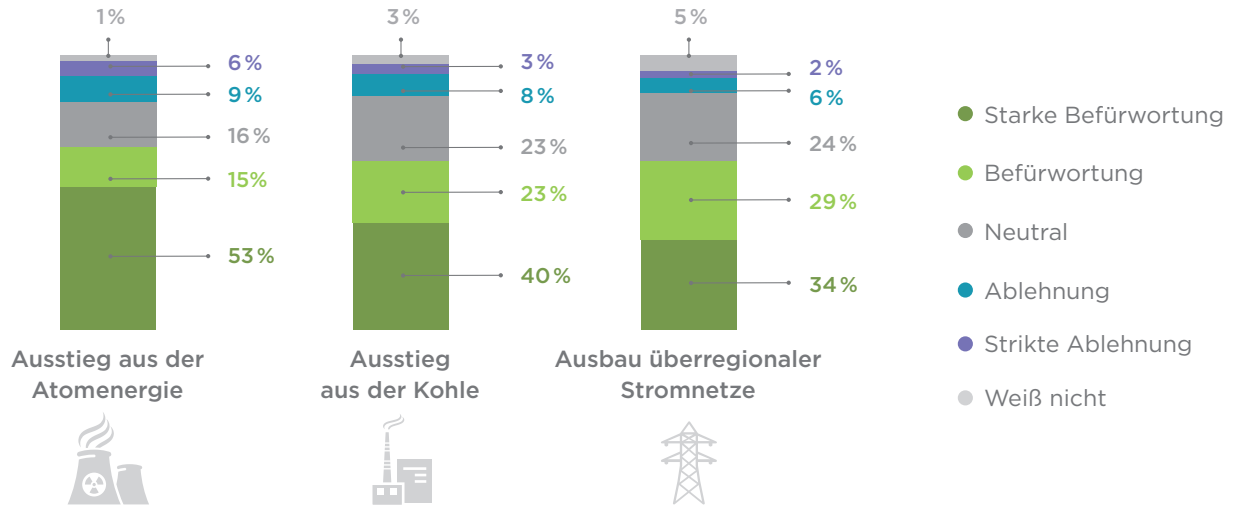
Auch in den vier Bundesländern mit Braunkohletagebauen und -kraftwerken (Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt) spricht sich eine Mehrheit der Befragten für den Kohleausstieg aus. Mit 60% ist die Zustimmung in NRW besonders hoch.

63% der Bevölkerung befürworten den weiteren Ausbau der überregionalen Stromnetze.



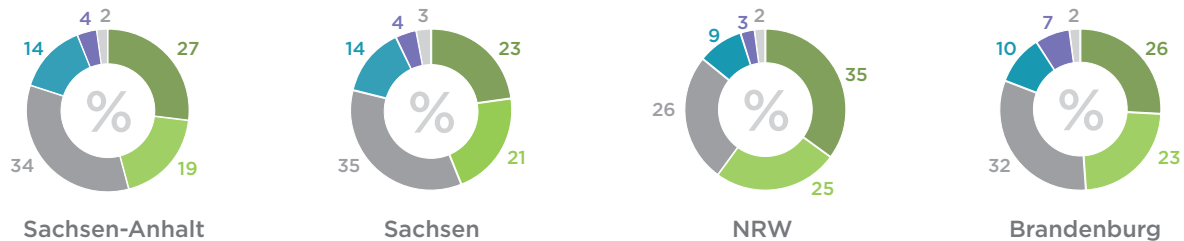
Die überwiegende Zahl der in Deutschland lebenden Personen will keine Zukunft für die Kohle. Das gilt selbst für die Bundesländer, in denen die Braunkohlenutzung eine wichtige Rolle spielt. Zwar müssen für die von der Braunkohle geprägten Regionen nachhaltige Entwicklungsmöglichkeiten gemeinsam mit den Betroffenen gesucht werden, aber eine Fortsetzung der Kohlenutzung ist keine Lösung der strukturellen Probleme. **Damit wird auch deutlich, dass weite Teile der Bevölkerung die Bemühungen um eine politische Kompromissfindung zum Ausstieg aus der Kohlenutzung in Deutschland unterstützen.**

# HOHE ZUSTIMMUNG FÜR DIE ZIELE DER ENERGIEWENDE



n = 7.459

## Zustimmung zum Ausstieg aus der Kohle in den Braunkohleländern



● Starke Befürwortung ● Befürwortung ● Neutral ● Ablehnung ● Strikte Ablehnung ● Weiß nicht

n = 278 (Brandenburg), 1.429 (NRW), 401 (Sachsen), 266 (Sachsen-Anhalt)

## 3 | UMSETZUNG DER ENERGIEWENDE UMSTRITTEN

**41%** der Bevölkerung bewerten die **Umsetzung der Energiewende in Deutschland unterm Strich als gut**, **33%** bewerten sie als schlecht. Bei den einkommensstärkeren Haushalten ist die positive Bewertung gegenüber den anderen Einkommensgruppen leicht erhöht (**47%**).

Besonders **kritisch ist die Einschätzung beim Thema Kosten, und zwar einkommensübergreifend.**

**66%** der Bevölkerung halten die Energiewende für (eher) teuer, nur **17%** für (eher) kostengünstig. **73%** sind der Meinung: Die Energiewende führt zu erhöhten Strompreisen. Dass die Energieversorgung durch die Energiewende langfristig kostengünstiger wird, glauben **42%** der Befragten nicht.

Auch beim Thema **Gerechtigkeit überwiegt die Skepsis quer durch alle Einkommensgruppen:**

Fast jeder Zweite (**47%**) hält die Energiewende für eher ungerecht, nur jeder Fünfte (**22%**) für eher gerecht.

**67%** der Bevölkerung sind der Meinung, **dass die Kosten der Energiewende von den kleinen Leuten getragen werden, während die Wohlhabenderen und die Unternehmen eher davon profitieren.** Diese Einschätzung ist bei den einkommensschwächeren Haushalten besonders deutlich ausgeprägt (**71%**), doch auch bei den einkommensstärkeren Haushalten sieht dies eine Mehrheit (**57%**) so.

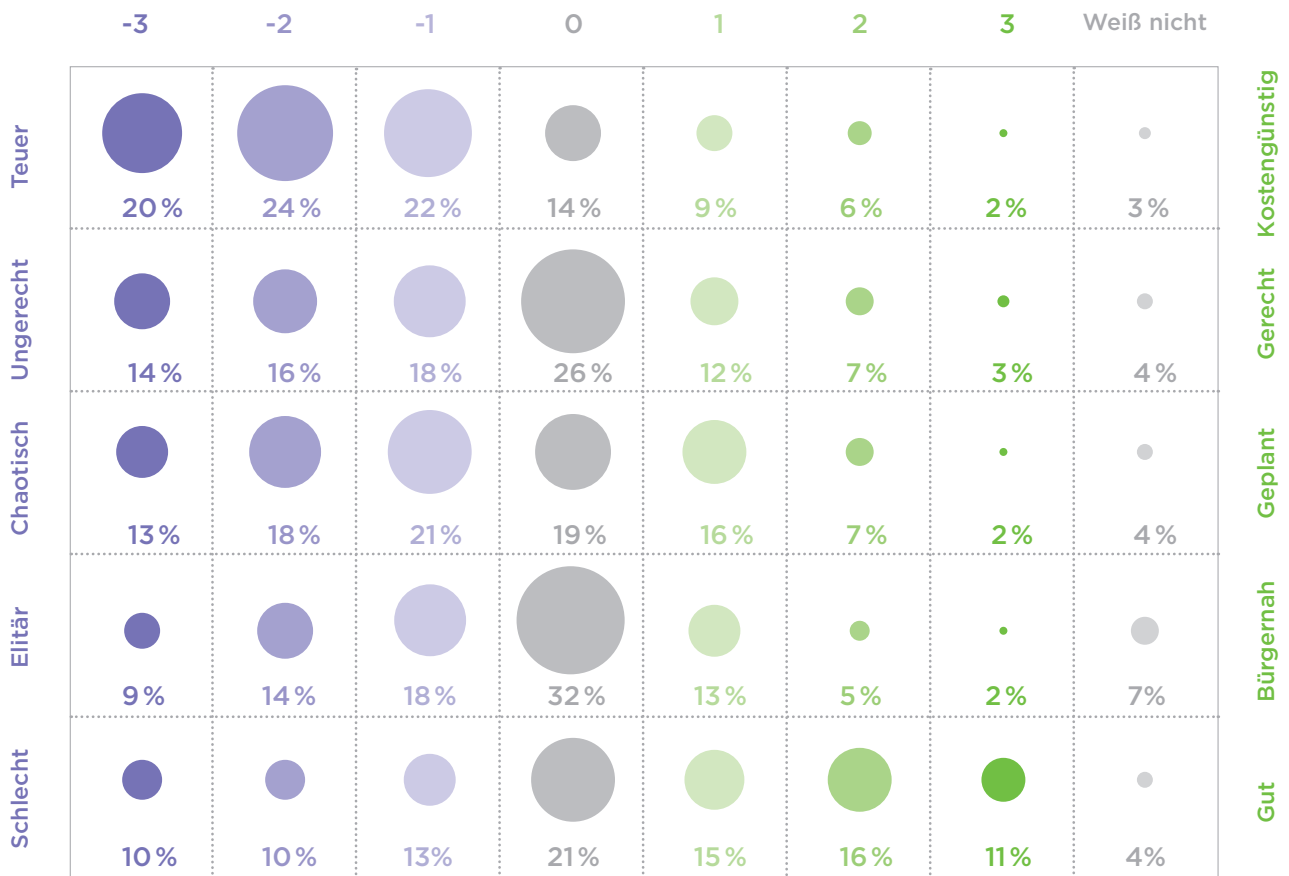
Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Energiewende werden eher positiv gesehen. Fast jeder Zweite (**44%**) hält die **Energiewende für einen Jobmotor.** **60%** glauben nicht, dass der Wirtschaft durch die Energiewende geschadet wird.



Verglichen mit den hohen Zustimmungswerten zu den Zielen der Energiewende fällt das Urteil der Bevölkerung über die Bilanz der politischen Umsetzung wesentlich nüchterner aus. Mit der Energiewende verknüpfen die meisten Menschen eher negative Merkmale, wie ungerecht, teuer oder chaotisch, auch wenn ein Großteil die Umsetzung unterm Strich eher gut findet. Zwar sieht die Mehrheit keine spezifischen Nachteile für die Wirtschaft, nimmt aber hohe Kosten bzw. erhöhte Strompreise wahr. Mehr noch: Zwei Drittel der Menschen sind davon überzeugt, dass die Lasten der Energiewende vor allem von den „kleinen Leuten“ getragen werden, während Reiche und Unternehmen eher profitieren. Rund die Hälfte der wohlhabenderen Befragten glaubt dies ebenfalls. **Diese wahrgenommene verteilungspolitische Schiefelage bestimmt weitgehend die Skepsis gegenüber der realen Umsetzung eines von fast allen hoch geschätzten Ziels.**

# Schwachstellen: Kosten und Gerechtigkeit

Bewertung der Energiewende in Deutschland anhand von Eigenschaftspaaren



n = 7.410

## 4 | POSITIVE EINSTELLUNGEN ERSTAUNLICH ROBUST

**79%** derjenigen, die voll und ganz zustimmen, dass die Energiewende zu erhöhten Strompreisen führt, befürworten die Energiewende.

**83%** derjenigen, die voll und ganz zustimmen, dass die Kosten der Energiewende von den kleinen Leuten gezahlt werden, während die Wohlhabenderen und Unternehmen davon profitieren, befürworten die Energiewende.

**86%** derjenigen, die davon ausgehen, dass die Energiewende in den nächsten zehn Jahren auf ihr eigenes Leben eher negative finanzielle und wirtschaftliche Auswirkungen haben wird, befürworten die Energiewende.



Die positive Einstellung zur Energiewende ist erstaunlich robust. Die Befragten befürworten auch dann mit deutlicher Mehrheit die Energiewende und die Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien, wenn sie eine sehr kritische Sicht auf die Umsetzung der Energiewende im Hinblick auf Kosten und Gerechtigkeit haben. Dies trifft selbst auf die Menschen zu, die für sich selber eher finanzielle und wirtschaftliche Nachteile sehen. Die Bevölkerung nimmt also mehrheitlich erhöhte Kosten wahr, ist aber bereit, diese für die Energiewende zu akzeptieren. Von daher ist kurzfristig auch nicht damit zu rechnen, dass die grundlegende Zustimmung selbst bei anhaltender Skepsis gegenüber ihrer Umsetzung abbröckeln wird. Die Energiewende ist integraler Bestandteil des Zukunftsbildes der in Deutschland lebenden Bevölkerung. **Eine Trendumkehr ist jedoch auf Dauer nicht auszuschließen, sollte die Unzufriedenheit mit der Umsetzung der Energiewende zunehmen.**

## AUCH SKEPTIKER MEHRHEITLICH FÜR FÖRDERUNG ERNEUERBARER ENERGIEN



Der Ausbau der erneuerbaren Energien sollte grundsätzlich gefördert werden.



Das sagen:

**84%** der Bevölkerung

Dies sehen so auch:

**73%** derjenigen, die voll zustimmen, dass die Kosten der Energiewende ungerecht verteilt sind.

**68%** derjenigen, die voll zustimmen, dass die Energiewende zu erhöhten Stromkosten führt.

**62%** derjenigen, die die Umsetzung der Energiewende sehr teuer finden.

**62%** derjenigen, die die Umsetzung der Energiewende sehr ungerecht finden.

## 5 | WINDAUSBAU AN LAND: STARKER WUNSCH NACH MEHR POLITISCHER BETEILIGUNG

**24%** der Bevölkerung **lehnen den Ausbau von Windenergieanlagen an Land ab, 7%** davon strikt. Damit erhält der Windausbau an Land im Vergleich zu allen anderen Erneuerbaren-Technologien die höchste Ablehnungsrate.

Auch **22%** der **Energiewendebefürworter sind gegen den Ausbau von Windanlagen an Land, 5%** davon strikt. Das Gleiche trifft auf die Befürworter des Ausbaus der erneuerbaren Energien zu, die den Windausbau an Land zu **21%** ablehnen, **4%** davon strikt.

**85%** der Bevölkerung halten es unabhängig von ihrer lokalen Betroffenheit vom Windausbau für wichtig, dass sich **Bürgerinnen und Bürger frühzeitig am Planungsprozess für Windanlagen in ihrer Umgebung beteiligen** können.

**55%** der Bevölkerung sprechen sich dafür aus, dass **die betroffenen Bürger die letzte Entscheidung beim Bau von Windanlagen** haben sollen, z.B. über einen Bürgerentscheid. Die Zustimmung dazu ist bei denjenigen mit Windrädern direkt vor dem Wohnhaus mit **60%** leicht erhöht.

**35%** der Bevölkerung können sich vorstellen, an einer **Protestaktion gegen geplante Windanlagen teilzunehmen, 10%** davon auf jeden Fall und **25%** unter bestimmten Bedingungen, z.B. bei direkter Betroffenheit von Lärm etc. Letzteres trifft auch auf **33%** derjenigen zu, die den Ausbau der Windenergie grundsätzlich befürworten.

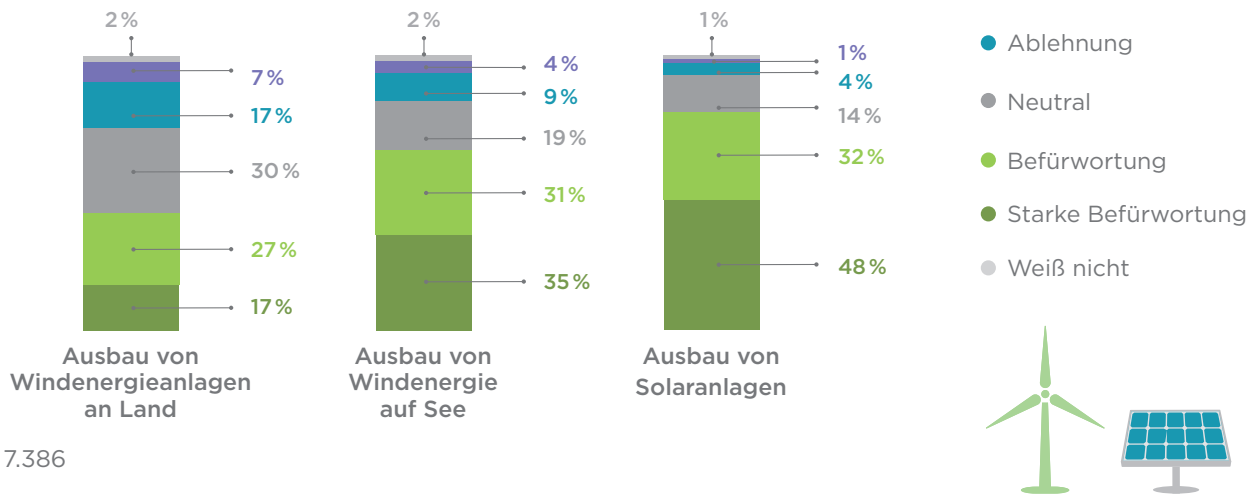


Der Ausbau der erneuerbaren Energien findet eine breite Unterstützung. Das bedeutet aber nicht, dass konkrete Ausbauprojekte vor allem von Windenergie in gleichem Maße befürwortet werden. Jeder vierte Befragte lehnt den Ausbau der Windenergie an Land ab, gleichgültig, ob die Anlage in der eigenen Umgebung oder andernorts in Deutschland errichtet wird. Die Skepsis ist also allenfalls zum Teil Ausdruck der St.-Florians-Mentalität: Woanders gerne, aber bloß nicht hier! Vielmehr drückt sich in dieser Skepsis Zweifel an der Notwendigkeit und Passgenauigkeit der Windenergie in Rahmen der Energiewende aus. Solaranlagen werden dagegen wesentlich positiver beurteilt. Zudem zeigt das Barometer: Die Menschen wünschen eine stärkere politische Mitsprache beim Windausbau. **Für eine erhöhte Akzeptanz der Windenergie führt kein Weg an einer breiten, substanziellen und frühzeitigen Bürgerbeteiligung vorbei. Von oben verordnete Windkraft wird zunehmend auf Ablehnung stoßen.**



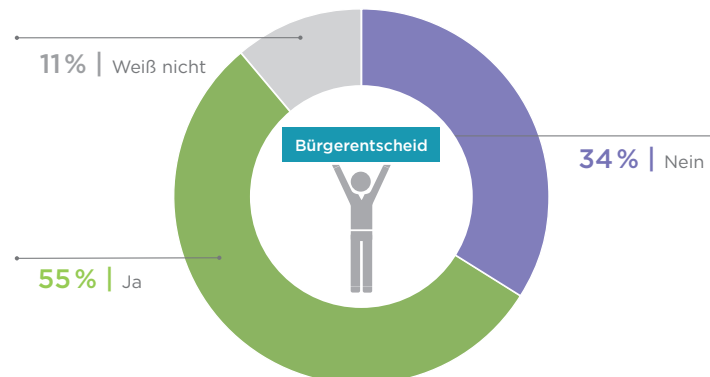
## KLUFT IN EINSTELLUNGEN ZWISCHEN WIND- UND SOLARENERGIE

### Einstellungen der Bevölkerung zum Ausbau von Solaranlagen und Windenergieanlagen auf See/an Land



## MEHRHEIT SAGT: BÜRGER SOLLTEN LETZTES WORT HABEN

Sollten die betroffenen Bürgerinnen und Bürger das letzte Wort beim Bau von Windanlagen haben, z. B. über einen Bürgerentscheid?



## 6 | GERINGES VERTRAUEN IN DIE KOMPETENZ DER POLITISCHEN PARTEIEN

Fast die  **Hälfte der Bevölkerung (49%)** ist mit der Politik der vorherigen  **Großen Koalition** (2013 – 2017)  **unzufrieden**, wenn es darum geht, wie die Energiewende vorankommt und umgesetzt wird.

**Keine der im Bundestag vertretenen politischen Parteien kann die Bevölkerung bei der Umsetzung der Energiewende mit großer Mehrheit überzeugen: 23%** der Befragten finden, dass „keine Partei“ die besten Konzepte für die Umsetzung der Energiewende hat<sup>5</sup>,  **21%** haben dazu keine Meinung.  **20%** finden, dass Bündnis 90/Die Grünen die besten Konzepte haben.

Bündnis 90/Die Grünen ist die einzige Partei, die eine große  **Mehrheit ihrer eigenen Anhänger (74%)**  **von ihrer Energiewende-Kompetenz überzeugen** kann. Die CDU/CSU erreicht dies bei der Hälfte  **(51%)** ihrer Anhänger, die FDP bei  **32%** und die SPD bei  **26%**.

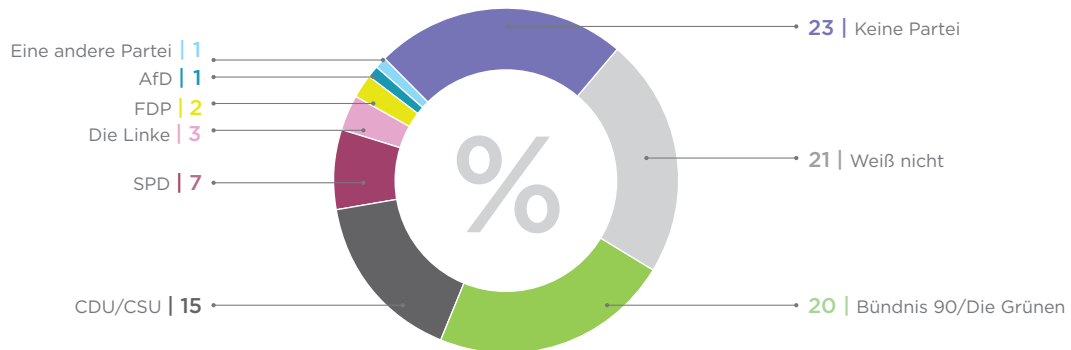
Als einziger Partei gelingt es Bündnis 90/Die Grünen, in nennenswertem Umfang  **Anhänger mehrerer anderer Parteien von ihrer Energiewende-Kompetenz** zu überzeugen, z. B.  **29%** der SPD-Anhänger,  **22%** der Linken-Anhänger und  **8%** der FDP-Anhänger.



Die Parteienverdrossenheit macht auch vor der Energiewende nicht Halt: Fast jeder Vierte hält keine der Parteien für kompetent in Fragen der Energiewende, jeder Fünfte hat dazu keine Meinung. Besonders drastisch: Ein höherer Anteil der SPD-Anhänger hält die eigene Partei für weniger kompetent als die grüne Konkurrenz. In anderen Politikbereichen ist das wahrgenommene Kompetenzdefizit deutlich geringer ausgeprägt. Etwa wenn es um wirtschaftliche Kompetenz, Schaffung von Arbeitsplätzen oder um soziale Gerechtigkeit geht. Das bedeutet:  **Die neue Bundesregierung ebenso wie die Oppositionsparteien müssen mehr tun, um die Anliegen der betroffenen Bevölkerung zu berücksichtigen und überzeugende Konzepte für die Gestaltung der Energiewende zu erarbeiten. Im Zentrum sollte dabei eine gerechte Verteilung der Kosten und Nutzen stehen, weil die Menschen in Deutschland hier besonders große Defizite sehen.**

## MAGERE KOMPETENZWERTE FÜR ALLE PARTEIEN

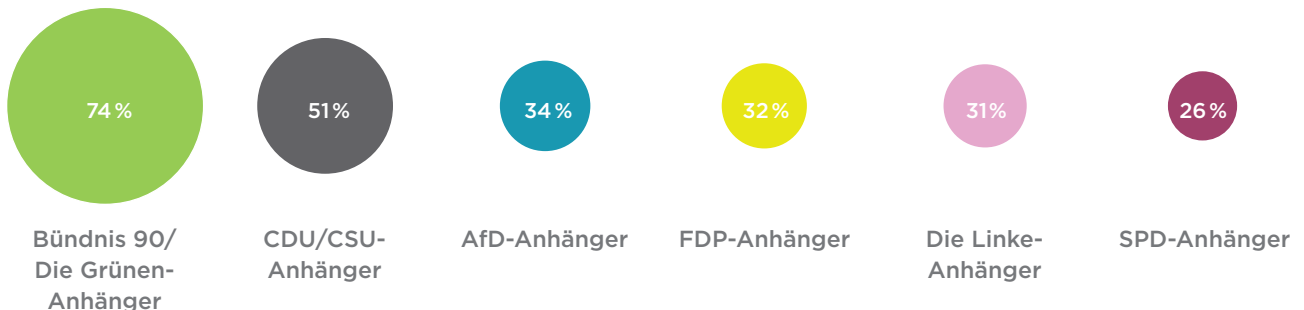
### Welche Partei hat die besten Konzepte zur Umsetzung der Energiewende?



n = 7.321; 7% aller Befragten machten bei dieser Frage keine Angabe

### Welche Partei kann ihre Anhänger am ehesten von ihrer Energiewende-Kompetenz überzeugen?

Anteil der jeweiligen Partei-Anhänger, der findet, die eigene Partei hat die besten Konzepte für die Energiewende.



n = 4.307 Haushalte mit Angaben zur Parteienpräferenz

## 7 | MEHRHEIT LEHNT EEG-AUSNAHMEREGLUNG FÜR INDUSTRIE AB

Insgesamt lehnen **72%** der Bevölkerung die Ausnahmeregelung für energieintensive Unternehmen bei der EEG-Umlage ab (Gruppe 1 und 2).

Die Ablehnung dieser Ausnahmeregelung zeigt sich mit **75%** etwas stärker bei den einkommensschwächeren Haushalten, ist aber mit **66%** auch bei einer deutlichen Mehrheit der einkommensstärkeren Haushalte vorhanden.

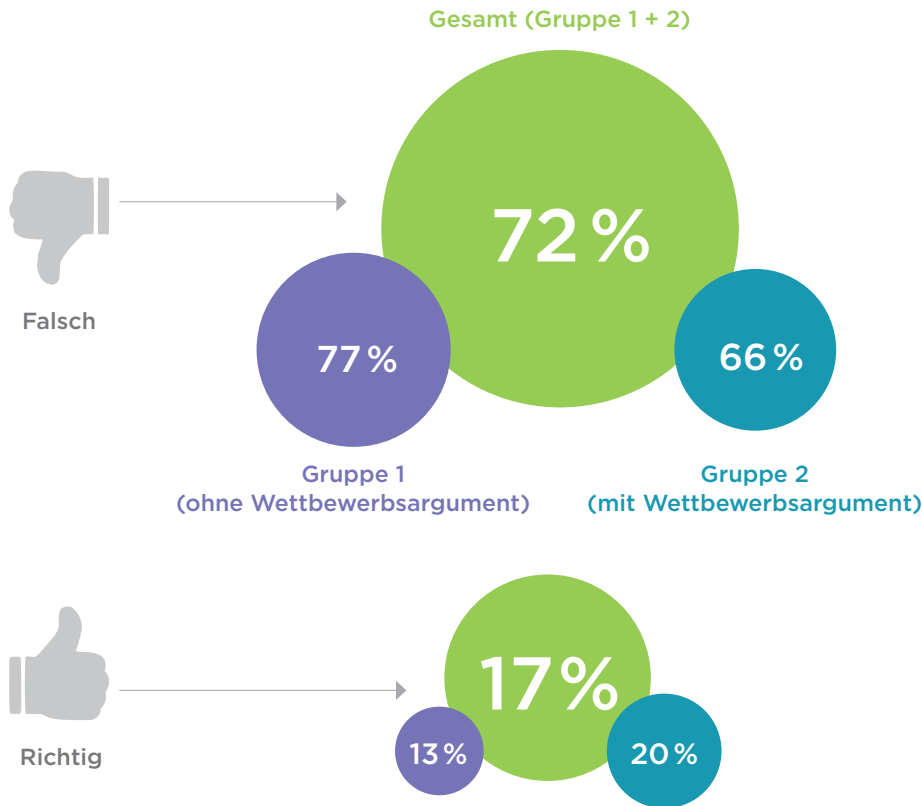
Es bleibt auch dann bei einer Ablehnung von zwei Dritteln (**66%**), wenn als Begründung für diese Ausnahmeregelung der **Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen** explizit angegeben wird (Gruppe 2).



Die Ausnahmeregelungen von der EEG-Umlage für die energieintensiven Wirtschaftszweige sind für mehr als zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland nicht nachvollziehbar. Sie halten es für falsch, wenn Großabnehmer von Strom weniger für die Kilowattstunde bezahlen müssen als sie selbst oder andere Betriebe mit geringerer Energienachfrage. Die Begründung der Bundesregierung, dies sei aus Wettbewerbsgründen notwendig, zieht bei den Befragten ebenso wenig. Die Gerechtigkeitsvorstellungen der Mehrheit der Bevölkerung und die Politik der Bundesregierung klaffen also in diesem Punkt auseinander. **Hier ist die Politik gefragt: Sie könnte die Ausnahmeregelungen grundlegend überdenken. In jedem Fall sollte sie sich aber um deutlich mehr Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft bei der Gestaltung von Ausnahmeregelungen bemühen.**

# AUCH WETTBEWERBSARGUMENT ÜBERZEUGT MEHRHEIT NICHT

Derzeit werden besonders energieintensive Unternehmen (wie z. B. in der Chemie- und Stahlindustrie) von der Zahlung der EEG-Umlage weitestgehend befreit. *[Zusätzlich für Gruppe 2: Damit will die Bundesregierung die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten.]* Wie finden Sie diese Regelung?



n = 7.358  
n (Gruppe 1) = 3.689;  
n (Gruppe 2) = 3.669;  
beide Gruppen wurden  
per Zufall ausgewählt

## 8 | GERECHTE KOSTENVERTEILUNG: „WER VIEL VERBRAUCHT, SOLL AUCH MEHR ZAHLEN!“

**81%** der Bevölkerung lehnen es grundsätzlich ab, dass die **Verbraucher einen Großteil der mit der Energiewende verbundenen Kosten über Umlagen und Entgelte auf den Strompreis finanzieren:**

- **60%** wollen, dass vor allem Haushalte und Unternehmen, die für hohe klimaschädliche Emissionen verantwortlich sind, für den Großteil der Energiewendekosten aufkommen sollen.
- Nur jeder Fünfte (**21%**) favorisiert eine stärkere **staatliche Finanzierung** der mit der Energiewende verbundenen Kosten.

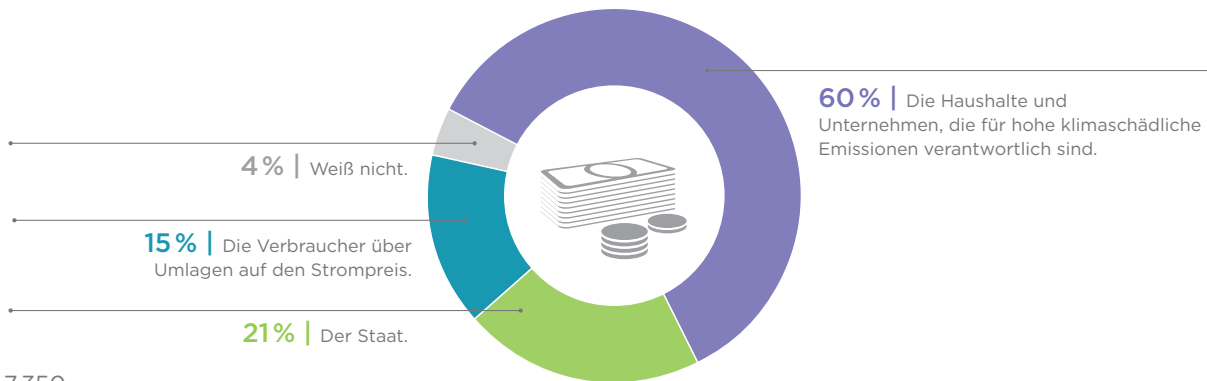
Fast die Hälfte der Bevölkerung (**48%**) würde der **Bundesregierung empfehlen, für eine gerechte Kostenverteilung im Rahmen der Energiewende auf progressive Energiepreise zu setzen.** Je mehr jemand verbraucht, desto teurer sollte jede zusätzlich verbrauchte Energieeinheit sein. Selbst diejenigen, die sich beim Strom als Vielverbraucher sehen, stimmen dem zu **42%** mehrheitlich zu.



Nach Ansicht der Befragten sollen diejenigen, die mehr Energie verbrauchen als der Durchschnitt, einen höheren Preis pro Einheit entrichten. Dies würde die ärmeren Haushalte entlasten und für die einkommensstärkeren Haushalte Anreize bieten, weniger Energie zu verbrauchen. Diese Forderung wird auch von 42% der Verbraucher mit hohem Strombedarf unterstützt. Damit verbunden ist der Wunsch, dass diejenigen, die hohe CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen, auch einen Großteil der Energiewendekosten übernehmen sollen. **Politik und Energieversorgungsunternehmen sollten daher prüfen, inwieweit eine progressive Komponente in die Strom- und Heizungsabrechnung eingebaut werden könnte. Eine weitere Möglichkeit wäre die Einführung einer progressiven CO<sub>2</sub>-Steuer, die in allen Sektoren auf den Endverbrauch erhoben wird.** Auch könnte man für einen Grundverbrauch pro Person die EEG-Umlage und weitere Umlagen auf den Strompreis aussetzen und diese erst ab einem bestimmten Verbrauchsniveau in Kraft setzen.

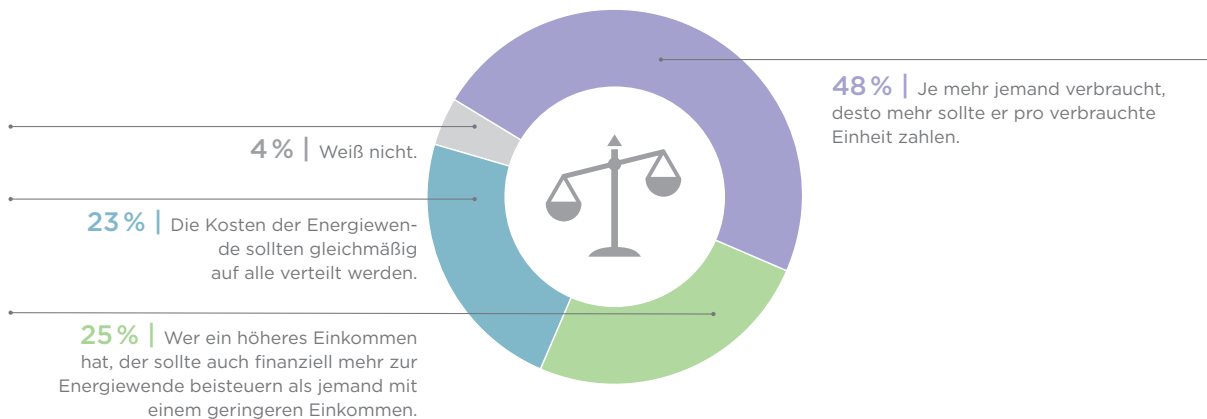
# VIELVERBRAUCHER SOLLEN MEHR BEITRAGEN

## Wer sollte für die Energiewendekosten vor allem aufkommen?



n = 7.350

## Wie sieht eine gerechte Verteilung der Energiewendekosten aus?



n = 7.323

## 9 | SOZIAL GERECHTE ENERGIEWENDE: STAAT SOLL MEHR VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

**84%** der Bevölkerung sehen den **Staat in der Verantwortung, eine ausreichende Energieversorgung** für alle Menschen in Deutschland sicherzustellen.

- Mehr als die  **Hälfte der Bevölkerung (57%)** spricht sich dafür aus, dass **der Staat für niedrige Energiepreise sorgt**, damit auch die Bevölkerungsgruppen mit einem geringen Einkommen ihre Energieversorgung aus eigener Kraft bezahlen können. Das sehen **58%** der einkommensschwächeren Haushalte, aber auch **52%** der einkommensstärkeren Haushalte so.
- Etwa ein Viertel (**27%**) findet es wichtig, dass **der Staat Bürgerinnen und Bürger bei Bedarf finanziell unterstützt**, damit sie ihren Wärme- und Strombedarf decken können. Das sehen einkommensschwächere und einkommensstärkere Haushalte gleichermaßen so (**29%** bzw. **30%** Zustimmung).

**88%** der Bevölkerung sprechen sich dafür aus, dass die im Rahmen einer **energetischen Gebäudesanierung zulässige Mieterhöhung auf das für die Mieter ökonomisch tragfähige Maß begrenzt werden sollte**.

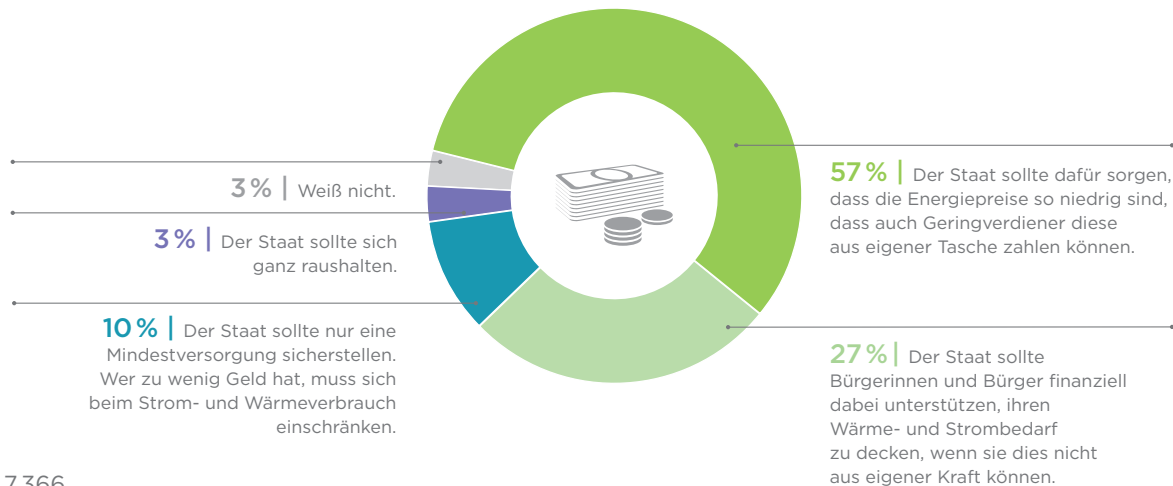
Dies sehen auch **75%** der Vermieter so. **8%** finden demgegenüber, dass die Mieterhöhung nicht begrenzt werden sollte, da dies den Anreiz für Vermieter mindert, in die energetische Gebäudesanierung zu investieren.



Eine sozial gerechte Lösung, wie sie auch schon beim Wunsch nach einem progressiven Tarif zum Ausdruck kommt, ist für die Menschen in Deutschland wichtig. Dabei übertragen sie dem Staat die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass einkommensschwache Haushalte die notwendigen Energiedienstleistungen auch preiswert erhalten. Wie er dies im Einzelnen umsetzt, etwa durch Zuschüsse oder durch Einflussnahme auf die Tarifgestaltung, ist in der Bevölkerung umstritten. Die Forderung, dass die energetische Gebäudesanierung nicht auf Kosten der Mieter erfolgen soll, wird auch von einer breiten Mehrheit geteilt. **Eine gerechtere Verteilung der Kosten steht damit ganz oben auf der Wunschliste der Bevölkerung an die Energiepolitik.**

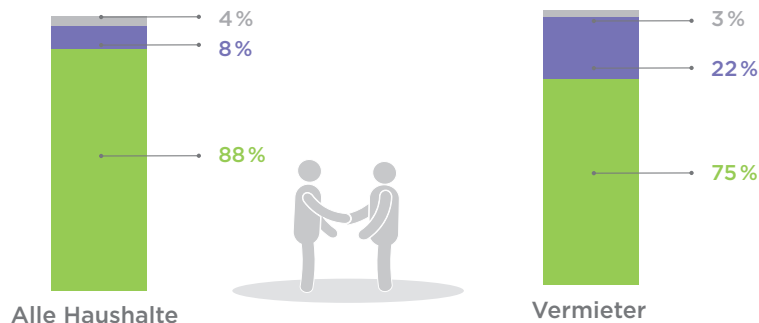


## ENERGIEVERSORGUNG: BREITE MEHRHEIT FÜR SOZIALEN AUSGLEICH



n = 7.366

### Wie denken die Befragten über Sondermieterhöhungen nach einer energetischen Gebäudesanierung?



- Die zulässige Mieterhöhung sollte so begrenzt werden, dass sich die Mieter/Mieterinnen die Wohnung auch noch nach einer energetischen Sanierung leisten können.
- Die zulässige Mieterhöhung sollte nicht begrenzt werden, da dies den Anreiz für die Vermieter/Vermieterinnen mindern würde, in eine energetische Gebäudesanierung zu investieren.
- Weiß nicht.

n = 7.331 (alle Haushalte); n = 868 (Vermieter)

## 10 | ENERGIESPAREN JA, ABER DEUTLICHE ZURÜCKHALTUNG BEI BÜRGERENERGIE UND SMART HEAT

**93%** der Bevölkerung geben an, beim **Kauf neuer Haushaltsgeräte auf Energieeffizienz** zu achten.

**87%** der Bevölkerung ist es wichtig, im Alltag **Energie zu sparen**.

**10%** der Bevölkerung haben bereits **alleine oder gemeinschaftlich in eine eigene Erneuerbare-Energie-Anlage<sup>6</sup> investiert**. **61%** können sich das in den nächsten zwei Jahren allerdings nicht vorstellen, **41%** davon eher nicht und **20%** auf keinen Fall. Auch **53%** der Hausbesitzer (Eigenheim) können sich das nicht vorstellen.

**8%** der Bevölkerung haben bereits in eine **intelligente Heizungssteuerung** (Smart Heat) investiert, das sind **11%** aller Eigenheimbesitzer und **3%** aller Mieter in Deutschland.<sup>7</sup>

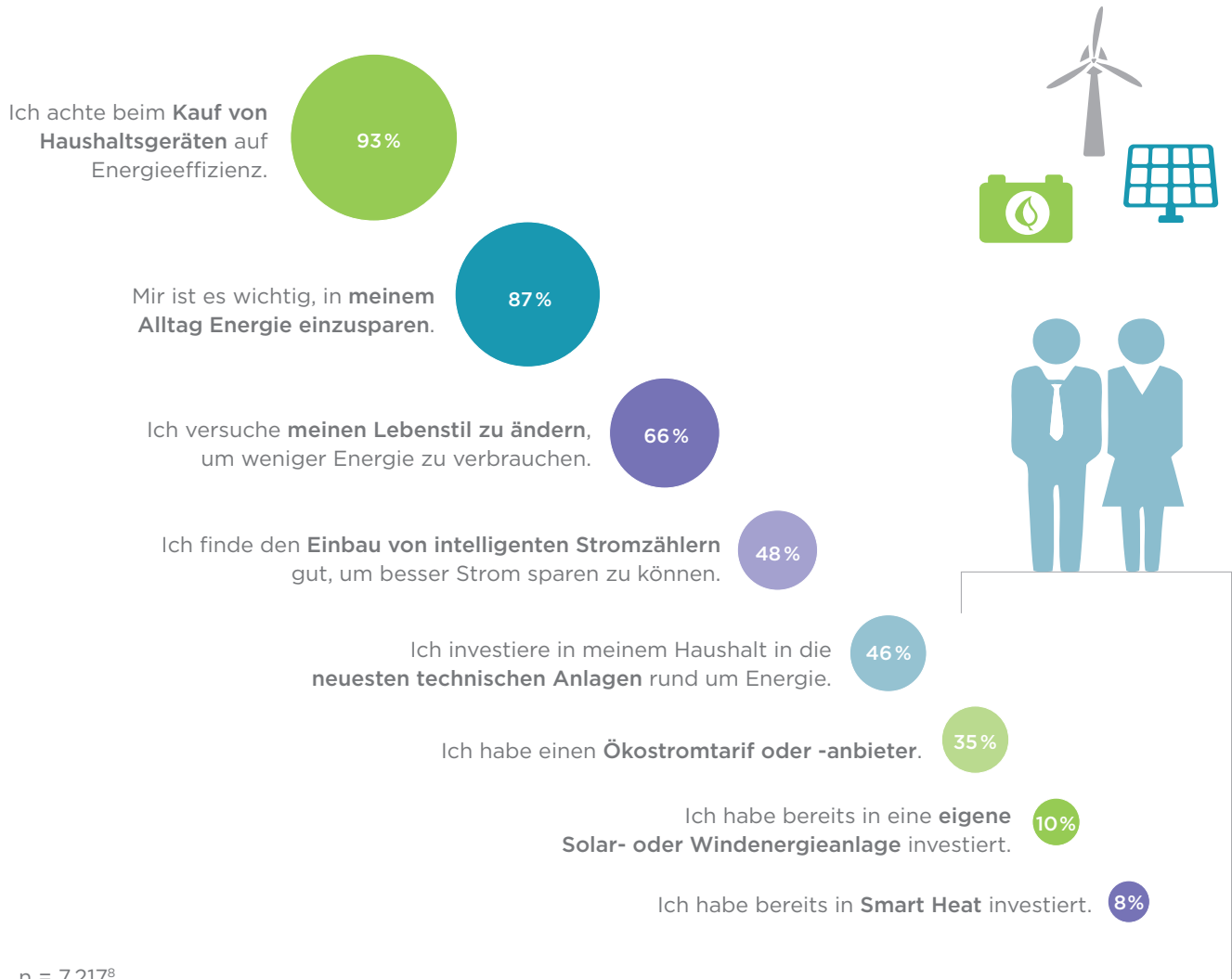
Mehr als die Hälfte der Bevölkerung (**56%**) kann sich nicht vorstellen, in den nächsten zwölf Monaten in eine **intelligente Heizungssteuerung** zu investieren.



Die Menschen in Deutschland sind sich bewusst, dass die Energiewende auch ihre Mitwirkung erfordert. Aber noch konzentriert sich diese Mitwirkung weitgehend auf den Kauf energiesparender Haushaltsgeräte und allgemeine Verhaltensvorsätze, z. B. mit Energie sparsam umzugehen. Auf das Investitionsverhalten hat sich diese Mitwirkungsbereitschaft bei nur wenigen Menschen ausgewirkt. Investitionen, die zusätzliches Engagement und Wissen erfordern, stoßen auf Zurückhaltung, auch bei vielen Hausbesitzern. Viele können sich nicht vorstellen, in erneuerbare Energiesysteme oder in digitale Heizungssteuerung zu investieren. Zum Teil gibt es Informationsdefizite, aber es herrscht auch große Verunsicherung darüber, was sich für den eigenen Haushalt rechnet, welche Anlagen geeignet sind und wie man sich gegen Datenmissbrauch bei digitaler Technik schützen kann. **Grund dafür ist unter anderem eine für den einzelnen Verbraucher unübersichtliche Marktsituation. Auch scheint die bisherige Energieberatung hier zu wenig zu greifen. Diese müsste stärker vor Ort präsent sein und die Bereitschaft zu investieren mit konkreten Hinweisen über weitere Handlungsoptionen effektiver unterstützen. Außerdem wäre der weitere Ausbau von finanziellen Anreizen zu prüfen.**

# „BITTE NICHT ZU VIEL AUFWAND ...“

## Beteiligung an der Energiewende



n = 7.217<sup>8</sup>

## 11 | BETEILIGUNG: POTENZIALE AUCH BEI EINKOMMENSCHWÄCHEREN HAUSHALTEN

Die **prinzipielle Bereitschaft, stärker durch eigene Investitionen an der Energiewende mitzuwirken**, zeigt sich nicht nur bei den Bevölkerungsgruppen, die in dieser Hinsicht bisher besonders aktiv waren (Eigenheimbesitzer und einkommensstärkere Haushalte), sondern ist auch bei Mietern und einkommenschwächeren Haushalten ähnlich hoch.

In den nächsten zwei Jahren **in eine eigene Erneuerbare-Energie-Anlage zu investieren**, können sich gut vorstellen:

- **16 %** aller **Mieter** und **23 %** aller Eigenheimbesitzer in Deutschland
- **18 %** der **einkommenschwächeren Haushalte** und **21 %** aller anderen Einkommensgruppen

In den nächsten zwölf Monaten **in eine intelligente Heizungssteuerung zu investieren**, können sich gut vorstellen:

- **27 %** aller **Mieter** und **34 %** aller Eigenheimbesitzer in Deutschland
- **24 %** der **einkommenschwächeren Haushalte** und **34 %** aller anderen Einkommensgruppen

**42 %** der einkommenschwächeren Haushalte **begrüßen den von der Bundesregierung beschlossenen Einbau von intelligenten Stromzählern (Smart Meter)**, bei allen anderen Einkommensgruppen sind es durchschnittlich **47 %**.



Die Bereitschaft, an der Energiewende mitzuwirken, zieht sich durch alle Kreise der Bevölkerung. Gerade diejenigen Bevölkerungsgruppen, die sich bisher bei der Bürgerenergie oder bei größeren Investitionen zum Energieeinsparen kaum beteiligt haben, könnten in Zukunft zur Speerspitze einer ganzen Bewegung werden. **Von daher ist es wichtig, für alle Einkommensgruppen und für Mieter wie Eigenheimbesitzer zielgruppenspezifische Produkte für Investitionen zu entwickeln und, wo es sinnvoll erscheint, auch finanziell zu unterstützen.** Viele investive Maßnahmen rechnen sich heute schon; aber selbst bei denen, die dazu bereit sind, herrscht noch Verunsicherung über Potenziale, Wirkungsweisen und praktische Umsetzung. Hier könnten Wirtschaft, Umwelt- und Verbraucherverbände sowie staatliche Stellen ein gemeinsames Programm zur besseren Beratung für alle Käuferschichten entwickeln.

---

## SMART HEAT: FÜR RUND EIN DRITTEL ALLER HAUSHALTE ATTRAKTIV



**31%** der Bevölkerung können sich gut vorstellen, in den nächsten zwölf Monaten einmalig 250 bis 400 Euro in eine intelligente Heizungssteuerung zu investieren.

Das sind:



**24%** aller  
einkommenschwächeren  
Haushalte



**31%** aller  
Haushalte mit mittlerem  
Einkommen



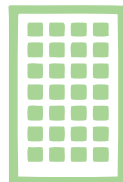
**37%** aller  
einkommensstärkeren  
Haushalte

n = 1.774

Darunter:

**27%** aller Mieter

**34%** aller Eigenheimbesitzer



n = 2.227

## 12 | ENERGIEWENDE IST ZUKUNFTSVORSORGE: KURZ- UND MITTELFRISTIG ERWARTEN NUR WENIGE VORTEILE

**73%** der Bevölkerung erwarten, dass die **Auswirkungen der Energiewende auf die eigenen Kinder und Enkelkinder bzw. auf die nachfolgenden Generationen eher positiv** sind.

**53%** der Bevölkerung erwarten, dass die Energiewende in den nächsten zehn Jahren **eher negative Auswirkungen auf ihre finanzielle und wirtschaftliche Situation** haben wird. Diese Erwartung trifft auf alle Einkommensgruppen gleichermaßen zu.

In den nächsten zehn Jahren erwarten weder positive noch negative Auswirkungen:

- **73%** der Befragten in Bezug auf **die eigene berufliche Tätigkeit**
- **42%** in Bezug auf die eigene **Mobilität**
- **49%** in Bezug auf das eigene **Wohnumfeld**

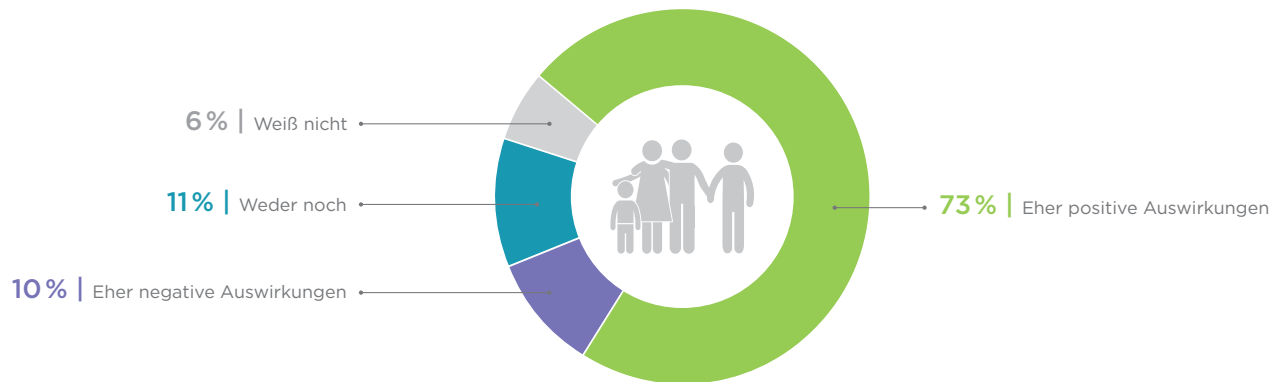
**45%** der Bevölkerung sehen durch die Energiewende in den nächsten zehn Jahren **eher positive Auswirkungen** auf die eigene **Ausstattung mit neuer Technik**.



Die intergenerationelle Gerechtigkeit spielt bei der Bewertung der Energiewende durch die Bevölkerung eine wichtige Rolle: Sie ist vor allem eine Investition in eine lebenswerte Zukunft. Nur wenige verbinden kurz- und mittelfristig bessere Lebenschancen mit der Energiewende, viele erwarten geringe Auswirkungen auf das eigene Lebensumfeld. Bei der finanziellen und wirtschaftlichen Situation überwiegen sogar die negativen Erwartungen. Die Wahrnehmung einer eher größeren Distanz zur eigenen Lebenswelt mag auch ein Grund dafür sein, dass weite Teile der Bevölkerung große Mitwirkungsmöglichkeiten für sich selbst nicht sehen und stattdessen mehr auf die Gestaltungskraft der Politik setzen. Gleichzeitig wird aber den Akteuren der Politik wenig Kompetenz zugesprochen. **In diesem Dilemma ist ein Politikstil gefragt, der mehr Möglichkeiten für individuelles Handeln schafft und unterstützt sowie gleichzeitig nachvollziehbar und überzeugend eine kollektive Weichenstellung für eine gerechtere Verteilung der Lasten vornimmt.**

## VORTEILE VOR ALLEM FÜR KOMMENDE GENERATIONEN

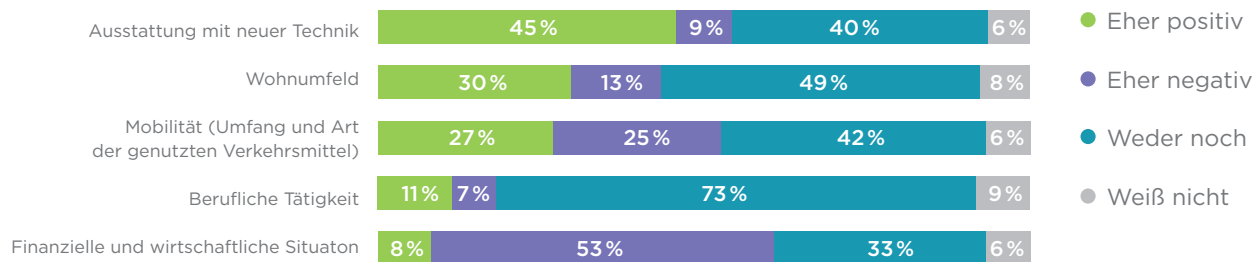
**73%** gehen davon aus, dass die Energiewende für die eigenen Kinder und Enkelkinder bzw. für nachfolgende Generationen allgemein eher positive Auswirkungen haben wird.



Einschätzung der Befragten dazu, welche Auswirkungen die Energiewende auf die eigenen Kinder und Enkelkinder oder nachfolgende Generationen im Allgemeinen haben wird.

n = 7.293

### Erwartete Auswirkungen der Energiewende auf den Alltag



Einschätzungen der Befragten dazu, welche Auswirkungen die Energiewende in den nächsten zehn Jahren auf unterschiedliche Bereiche in ihrem Leben haben wird.

n = 7.297

## FAZIT

1. Die Energiewende ist in allen gesellschaftlichen Gruppen als Zielsetzung fest verankert und positiv besetzt. **In den Augen einer breiten Mehrheit der Bevölkerung ist die Energiewende der richtige Weg für eine zukunftsweisende Energieversorgung.** Die Politik kann mit einer breiten und robusten Unterstützung für eine weitere zielgerechte Umsetzung der Energiewende rechnen.
2. Wenig überzeugend ist es für die Bevölkerung, wie die Energiewende praktisch umgesetzt wird. Hier besteht politischer Handlungsbedarf. Besonderen Anstoß nehmen die Menschen an den beiden Problembereichen, Kosten und Gerechtigkeit. Die Energiewende wird als teuer wahrgenommen, eine Mehrheit sieht mittelfristig eher finanzielle und wirtschaftliche Nachteile für sich, und nach Ansicht der überwiegenden Mehrheit herrscht in Deutschland eine verteilungspolitische Schiefelage vor. Noch vermögen diese Kritikpunkte die politische Unterstützung für die Energiewende kaum zu gefährden. **Doch würde diese Unzufriedenheit mit der Umsetzung zum Dauerzustand, könnte die breite Unterstützung der Energiewende in zunehmende Skepsis und schließlich in Ablehnung umschlagen.**
3. **Wenn es um die Finanzierung und Kostenverteilung bei der Energiewende geht, weichen Gerechtigkeits- und Gestaltungsvorstellungen der Bevölkerung grundlegend von der bisherigen Politik der Bundesregierung ab.** So wird die derzeitige Finanzierung der Energiewende durch Umlagen und Abgaben auf den Strompreis der Endverbraucher ebenso von einer Mehrheit abgelehnt wie die EEG-Ausnahmeregelung für die energieintensive Industrie. Nach Ansicht einer breiten Mehrheit sollen stattdessen Haushalte und Unternehmen, die viel verbrauchen und hohe CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen, einen deutlich stärkeren finanziellen Beitrag leisten als diejenigen, die weniger verbrauchen. Die Vorstellungen der Bevölkerung zu einer gerechten Kostenverteilung sollten in den weiteren politischen Debatten zur Gestaltung der Energiewende einbezogen werden.
4. **Die Bundesregierung ist gut beraten, den sozialen Ausgleich im Rahmen der Energiewende stärker zu befördern.** Dass auch ärmere Haushalte einen ausreichenden Zugang zu Energiedienstleistungen erhalten, wünscht sich eine breite Mehrheit der Bevölkerung, das gilt auch für die einkommensstärkeren Haushalte. Dies ist in den Augen der Bevölkerung eine staatliche Aufgabe. Ebenso sollten Mieter nicht die Leidtragenden der energetischen Gebäudesanierung sein. Effektive Schutzmaßnahmen werden also gefordert und sollten in Zukunft auf der Agenda der Energiepolitik stehen.



- 
5. Darüber hinaus zeichnet sich beim Windausbau an Land ein deutlicher Handlungsbedarf ab. Die Menschen fordern stärkere politische Mitsprache, dies ist vor dem Hintergrund der planungsrechtlichen Situation nur begrenzt möglich. Der Wunsch nach politischer Mitsprache ist aber ein deutliches Signal für eine verbesserte und erweiterte Partizipationskultur. **Von oben verordnete Windkraft wird zunehmend auf Ablehnung stoßen. Deshalb sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu setzen, dass eine frühzeitige und substanzielle Beteiligung beim Windausbau vor Ort ermöglicht wird.** Auch mehr informelle Beteiligungsmöglichkeiten können dazu beitragen, dass Anwohner in der Nähe von neuen Energieanlagen ihre Anliegen und Bedenken besser einbringen und die Planungen vor Ort mitgestalten können.
6. Politischer Handlungsbedarf wird auch beim Thema persönliche Mitwirkung an der Energiewende deutlich. Die Energiewende ist kein Selbstläufer. Die Menschen wollen sich beteiligen, aber gleichzeitig herrscht Skepsis bezüglich der Möglichkeiten und Rahmenbedingungen. **Die Chancen und Optionen, die Bevölkerung schichtübergreifend für die Energiewende zu aktivieren und auch zu befähigen, müssen besser herausgestellt, kommunikativ vermittelt und auch gefördert werden.** Es geht dabei um finanzielle Anreize, mehr Informationen und Transparenz, z.B. bei Strom- und Heizkostenrechnungen, aber auch um flächendeckende Bildungsangebote, z.B. in Schulen, um auch junge Menschen zu erreichen.
7. Insgesamt ist für die Gestaltung einer sozial nachhaltigen Energiewende ein **Politikstil gefragt, der einen unterstützenden Handlungsrahmen für mehr individuelles Handeln schafft sowie gleichzeitig nachvollziehbar und überzeugend eine kollektive Weichenstellung für eine gerechtere Verteilung der Lasten vornimmt.**

## FUSSNOTEN

- (1) Die Onlinebefragung deutschsprachiger Haushalte wurde von Juni bis Juli 2017 im Rahmen von forsa.omninet durchgeführt. Auch Nichtinternetnutzer nahmen an der Befragung teil (über ihr Fernsehgerät), sodass die Befragungen auch diese Teile der Bevölkerung einbeziehen und die Studie repräsentativ für die Grundgesamtheit bleibt. Befragt wurde jeweils die Person in einem Haushalt, die die Entscheidungen rund um das Thema Energie trifft. Da bei Haushaltsbefragungen üblicherweise eine geringere Teilnahme von einkommensschwachen Haushalten erfolgt, deren Meinungen für unsere Erhebung aber hohe Relevanz haben, wurde die Stichprobe disproportional nach dem Haushaltseinkommen geschichtet (oversampling). Die Bruttostichprobengröße betrug 12.941 Haushalte. Die Nettostichprobengröße beträgt 7.843 Haushalte, von denen 83 % die Befragung beendeten. Die Datenauswertung der Haushaltsbefragung erfolgte mithilfe von deskriptivstatistischen und explorativen Analysen. Da die Erhebung bevölkerungsrepräsentativ war, werden die Begriffe „Bevölkerung“ und „Befragte“ synonym verwendet. Die Zahlen werden in dieser Veröffentlichung auf ganze Prozentwerte auf- bzw. abgerundet.
- (2) Die Fokusgruppen wurden in homogenen Gruppen mit jeweils acht bis zehn Teilnehmern durchgeführt: i) einkommensschwächere Haushalte, ii) einkommensstärkere Haushalte, iii) Energieberater, iv) Beschäftigte in der Branche der erneuerbaren Energien und v) Beschäftigte in der Branche der konventionellen Energien. Die Teilnehmer wurden mithilfe eines Markt- und Sozialforschungsinstituts rekrutiert.
- (3) Die Einkommensklassifizierung, die hier genutzt wird, basiert auf den Einkommenskategorien des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (siehe auch [www.arm-und-reich.de](http://www.arm-und-reich.de)). Auf Basis des bedarfsgewichteten monatlichen Nettoeinkommens (Äquivalenzeinkommen) wurden in dieser Studie folgende Kategorien definiert: Einkommensschwächere Haushalte: bis zu 80 % des Medians des Äquivalenzeinkommens, Haushalte in der Mitte im engeren Sinne: 81 bis 150 % des Medians des Äquivalenzeinkommens, einkommensstärkere Haushalte: ab 151% des Medians des Äquivalenzeinkommens.
- (4) Als Anhänger werden hier jene Haushalte (n = 4.307) bezeichnet, die eine Parteienpräferenz in der Befragung angegeben haben.
- (5) Von denjenigen mit einer Parteipräferenz, die finden, dass „keine Partei“ die besten Konzepte hat, machen SPD-Anhänger mit 30 % den höchsten Anteil aus, gefolgt von 28 % CDU/CSU-Anhängern und 11 % Linken-Anhängern (n = 4.307).
- (6) Davon haben 37 % in eine Solarwärmanlage, 35 % in eine Photovoltaikanlage und 12 % in eine Wärmepumpe investiert. 7 % haben sich aktiv an einer Energiegenossenschaft oder Bürgerenergiegesellschaft beteiligt. 90 % derjenigen, die bereits investiert haben, sind Eigenheimbesitzer.
- (7) Bei den Einkommensgruppen gibt es durchaus Unterschiede. 5 % der einkommensschwächeren Haushalte und 12 % der einkommensstärkeren Haushalte haben bereits in Smart Heat investiert.
- (8) n=7.217 für die Fragen zu energieeffizienten Haushaltsgeräten, Energiesparen im Alltag, Lebensstiländerungen und Investitionen in die neuesten technischen Anwendungen. n=7.843 für die Frage zum Bezug von Ökostrom. n = 7.232 bei der Frage zu Smart Meter. n = 7.274 bei der Frage zu Investitionen in Solar- und Windenergieanlagen und n=7.272 bei den Fragen zu Investitionen in Smart Heat.

---

## Notizen

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

[www.iass-potsdam.de](http://www.iass-potsdam.de) • [www.dynamis-online.de](http://www.dynamis-online.de)

